

# SOLOTHURN

STADT UND KANTON

## Eine minutiös geplante Klinik-Züglete

**Allerheiligenberg** Umzug von Patienten und Personal ins Kantonsspital Olten begann reibungslos



Klinikpersonal und Zivilschutzangehörige bereiten die Patienten auf die folgende Transportfahrt ins Kantonsspital Olten vor.

HR. AESCHBACHER

Gestern Dienstag und heute Mittwoch verliessen bzw. verlassen die ersten Patienten und Ärzte die Klinik Allerheiligenberg in Richtung Kantonsspital Olten (KSO). Erst am 26. September 2010 hatte das Solothurner Stimmvolk die Schliessung der Höhenklinik beschlossen.

Bereits nach dem Frühstück ging los: Gestern liess die Solothurner Spitäler AG (soH) die ersten 10 Patienten der Geriatrie, rund 15 Pflegefachleute und einen Arzt zum Kantonsspital Olten transportieren. «Der Umzug lief wirklich gut ab», zog Doris Wenger, soH-Projektleiterin, gestern eine erste positive Zwischenbilanz. «Die Patienten waren in der gewollten Zeit am neuen Standort. Das Mittagessen nahmen sie bereits in Olten ein.» Die Station sei so vorbereitet worden, dass das mit umziehende Pflegepersonal im Kantonsspital gleich mit der Arbeit habe beginnen können.

Zur Unterstützung gingen dem Pflegepersonal der Klinik sowie den drei Personen der soH-Abteilung Planung und Bauprojekte unter der Leitung von Doris Wenger sechs Helfer eines externen Umzugsunternehmens sowie elf Zivilschützer der Regionalen Organisation Olten zur Hand. «So hatte jeder Patient einen Betreuer an der Seite, der ihm als Bezugsperson diene und dafür sorgte, dass er und sein Gepäck heil vom Zimmer auf dem Allerheiligenberg ins Zimmer in Olten gelangten», sagt Doris Wenger. Die Transporte fanden per Ambulanzfahrzeug, im grossen Invalidenbus, in dem drei Rollstuhlpatienten Platz haben, sowie im Invalidentaxi statt.

### Aufbau einer Akutgeriatrie geplant

Verwendung fanden laut Wenger im Weiteren ein Dreitonner mit Anhänger und ein Sattelschlepper: Damit wurden medizintechnisches Ma-

terial und Einrichtungsgegenstände transportiert.

Heute Mittwoch werden die zweite Hälfte der rund zwanzig geriatrischen Patientinnen und Patienten sowie die restlichen vier Ärzte verlegt. So finden Geriatrie und Rehabilitation ab sofort

### «Der Umzug lief gut ab. Die Patienten waren in der gewollten Zeit in Olten.»

Doris Wenger, so-H-Projektleiterin

auf zwei Stationen im Kantonsspital eine Heimat. Die medizinische Leitung übernimmt Dieter Breil, bisheriger Chefarzt der Klinik Allerheiligenberg.

Dank kleinerer Umbauarbeiten sollen die Patienten am KSO ein entsprechendes Behandlungsumfeld vorfin-

den. Unter anderem wurde ein grosszügiger Aufenthaltsraum eingerichtet. Vor allem sollen die Patienten laut den soH-Verantwortlichen von der Möglichkeit des unkomplizierten Bezugs von Spezialisten anderer medizinischer Fachdisziplinen profitieren. Bereits auf Anfang 2012 plant die soH den Aufbau einer Akutgeriatrie.

### Zweite Tranche am 31. März

Am 31. März ist die zweite Umzugs-Tranche an der Reihe. Dann werden 17 Langzeitpflege-Patienten und das Pflegepersonal der Psychosomatik transferiert. Laut Doris Wenger entlässt man die fünf Patienten der Psychosomatik am 29./30. März für einige Tage nach Hause, bis am 4. April der Betrieb in Olten beginnt. Zusammen mit der Psychosomatik wird die neue Abteilung – neu unter der Leitung der Psychiatrie – acht Kriseninterventionsbetten enthalten und damit künftig elf Patienten Platz bieten. (OTR)

## Pflicht zur Ausgewogenheit

**Abstimmungsbroschüren** Der Kantonsrat hat gestern die Regierung beauftragt, künftig die Abstimmungsbroschüren ausgewogen auszugestalten, insbesondere bei Vorlagen der Regierung. Gemäss der Bundespraxis soll dabei für den Meinungsbildungsprozess der Bevölkerung auch den Auffassungen wesentlicher parlamentarischer Minderheiten Rechnung getragen werden. Der Auftrag geht auf einen Vorstoss von Markus Knellwolf (GLP, Obergerlafingen) zurück (wir berichteten). Er ist zwar mit 65 Stimmen mit dem abgeänderten Wortlaut der Regierung überwiesen, aber entgegen deren Antrag mit 50 gegen 41 Stimmen nicht abgeschrieben worden. Sprich: Die Regierung bleibt in der Pflicht. Sie hatte argumentiert, sich bereits heute an der Bundespraxis zu orientieren und in den Broschüren den Auffassungen «wesentlicher parlamentarischer Minderheiten» Rechnung zu tragen. Wie für Knellwolf ist es für SP, Grüne und die SVP unbestritten, dass dem nicht so ist. Bei den Abstimmungen zu Harnos oder zur kantonalen Einführungsgesetzgebung der Schweizerischen Zivilprozessordnung letzten Herbst sind diese nicht zu Wort gekommen. Dies, obwohl gegen Harnos SVP und EVP (18 von 100 Sitzen) und gegen die Abschaffung der Arbeitsgerichte die SP (20 Sitze) waren. Vom Regierungsrat noch zu definieren ist, wie viel eine «wesentliche parlamentarische Minderheit» ist. (MZ)

## Ins Clubhaus eingebrochen

**Balsthal** Unbekannte Täter sind irgendwann zwischen Sonntag 18.30 Uhr und Montag 8 Uhr an der Schwimmbadstrasse sowie an der Brunnersmoosstrasse gewaltsam ins Clubhaus des FC Klus-Balsthal und ins Restaurant der Minigolfanlage eingedrungen. Gemäss bisherigen Erkenntnissen der Polizei wurde nichts entwendet, jedoch ein Sachschaden von mehreren tausend Franken angerichtet. Die Polizei sucht Zeugen, Telefon 062 386 72 72. (PKS)

## Vorstösse zu AKW und Steuerhölle

**Kantonsrat** Atom-Ausstieg, Stopp des Richtplanverfahrens und Rückzug Neubaugesuch AKW Gösgen II sowie Steuer-senkungen: Die Dringlichkeit dieser Vorstösse hat das Solothurner Parlament abgelehnt.

Der Regierungsrat respektive Finanzdirektor Christian Wanner als Alpiq-Vize-VR-Präsident soll sich unverzüglich dafür einsetzen, dass der Energiekonzern das Gesuch für Gösgen II zurückzieht. Dies verlangt die Fraktion Grüne mit einem dringlichen Auftrag. Begründung: Während die AKW-Betreiber Axpo und BKW ihre Gesuche für den Bau neuer AKW letzte Woche zurückziehen wollten, «hat sich die Alpiq geweigert, bei einem gemeinsamen Rückzug mitzumachen». Die SP wiederum verlangt, das Richtplanverfahren für Gösgen II nicht nur wie von der Regierung beschlossen zu sistieren, sondern abzu-

brechen (wir berichteten). Urs Huber (Oberbögen) dazu: «Es bringt nichts, eine Planungsleiche künstlich zu beatmen. Wir brauchen unsere Energie für mehr Effizienz.»

Ein anderes Thema beschäftigt die Bürgerlichen: die Steuerhölle Solothurn respektive der drittletzte Platz im interkantonalen Vergleich. Solothurn soll mit Steuersenkungen so schnell wie möglich ins vordere Mittelfeld aufsteigen (wir berichteten).

### «Es bringt nichts, eine Planungsleiche künstlich zu beatmen.»

Urs Huber, SP-Kantonsrat

Die Dringlichkeit begründete Roland Fürst (CVP, Gunzgen) mit dem laufenden Budgetprozess 2012. «Als Reaktion auf diesen Vorstoss», so die Begründung des Interpellanten selbst, verlangte Felix Lang (Grüne) ebenfalls dringlich, «den Atomausstieg

statt Steuersenkungen». Erneuerbare Energien als Ersatz für Gösgen I sollen allenfalls gar mit einer Steuererhöhung finanziert werden.

Es kam, was kommen musste: Die Ratslinke sah keine Dringlichkeit bei den Steuern, die Ratsrechte keine bezüglich AKW: SVP-Fraktionschef Herbert Wüthrich (Gerlafingen): «Unsere Sicherheit ist nicht betroffen. Die Vorstösse sind deplatziert.» Einzig eine Mehrheit der CVP/EVP/GLP-Fraktion lehnte die Dringlichkeit aller vier Vorstösse ab: Fraktionschef Roland Heim: «Es sind alles wichtige Fragen». Diese sollten aber auf dem normalen Weg seriös beantwortet werden. Lang zog daraufhin die Dringlichkeit seines Vorstosses zurück. Fürst jene der überparteilichen Interpellation. Plausible Begründungen angesichts ihrer vorherigen Argumentationen für die Dringlichkeit blieben beide schuldig. Mit 66 respektive 67 gegen jeweils 23 Stimmen wurde die Dringlichkeit sowohl beim Auftrag der Grünen als auch bei jenem der SP abgelehnt. (MZ)

## Kein offener Strafvollzug mehr

**Justizvollzug** Der Solothurner Kantonsrat hat für die Um- und Neubauten der Justizvollzugsanstalt (JVA) Flumenthal/Deitingen einem Brutto-Zusatzkredit von 7,425 Mio. Franken (inklusive MwSt) einstimmig bewilligt. Das Stimmvolk hatte 2009 49,5 Mio. Franken für die Neu- und Umbauten freigegeben. 60 Plätze für den geschlossenen Straf- und Massnahmenvollzug und 30 Plätze im offenen Strafvollzug waren geplant. Im Mai letzten Jahres gelangte das Konkordat dann aber mit dem Wunsch an Solothurn, von offenen Vollzugsplätzen gänzlich abzusehen und stattdessen die Plätze auf den geschlossenen Vollzug auszurichten. Aufgrund dieser aktuellen Bedürfnisse des Konkordats soll neu die gesamte JVA mit entsprechend hohen Sicherheitsanforderungen geschlossen betrieben werden. So wird neu das ganze Areal mit einem doppelten Sicherheitszaun umschlossen. Gegenüber dem Botschaftsprojekt sind deshalb bauliche und betriebliche Anpassungen notwendig, welche nicht innerhalb

des bewilligten Verpflichtungskredites kompensiert werden können.

### Mittelfristig gewinnbringend

Nach Abzügen von Beiträgen des Bundes und des Konkordats bleiben dem Kanton Nettokosten von 4,546 Mio. Franken. Diese könnten sich weiter reduzieren, da laut Regierungsrat Peter Gomm gar ein noch höherer Bundesbeitrag in Aussicht steht. Im Kantonsrat überzeugte vor allem, dass Solothurn zwar kurzfristig mehr Geld ausgeben muss, dafür aber auch mehr «Gewinn» macht. Gegenüber dem Botschaftsprojekt ergeben sich Mehreinnahmen durch Kostgelder von rund 3,3 Mio. Franken pro Jahr und Mehrausgaben durch zusätzliche Stellen von rund 1,8 Mio. Franken. Sprich: In nur vier Jahren sind die zusätzlichen Investitionen amortisiert. Geplant ist, dass die JVA ab 2014 bezugsbereit ist. Die bisher rund 30 offenen Vollzugsplätze der Anstalt Schöngrün in Solothurn werden in andere Konkordatskantone verlegt. (MZ)